

Unterland

Deutsche wollen Müll diskutieren

Waldshut fordert ein Mitspracherecht bei der Frage nach Endlager-Standorten.

Wenn die Schweizer ihren Atommüll in der Nähe der Landesgrenze lagern wollen, dann soll die deutsche Bevölkerung bei der Standortwahl mitreden dürfen. Dies fordert der Waldshuter Landrat Tilman Bollacher in einer Medienmitteilung. Ansonsten werde der Landrat ein Atomlager in Grenznähe wohl nicht akzeptieren können. Und Bollacher findet harsche Worte an die Adresse der Schweiz: Das Auswahlverfahren sei «zu wenig transparent».

Das Schweizerische Bundesamt für Energie (BFE) orientiere sich an raumplanerischen Gesichtspunkten in «sehr engem» Planungssperimeter – und dieser gehe davon aus, dass nur die Bevölkerung unmittelbar betroffen ist, die in angrenzenden Gemeinden lebt. In Deutschland würden selbst die sozio-ökonomischen Auswirkungen eines Möbelmarktes in grösseren Raumbezügen analysiert, als «die Schweiz bereit sei, die Folgen eines Endlagers zu prüfen», rügt Tilman Bollacher.

Mehr Betroffene einbeziehen

Der Landkreis Waldshut hat deshalb der Schweiz beantragt, den Kreis der Betroffenheit weiter als bisher zu ziehen. Die Folgen eines Lagers mit radioaktiven Abfällen müssten anhand von möglichen Störfällen und von potenziellen Umweltauswirkungen während des Baus, der Einlagerung und des Betriebs geprüft werden. Der Entwurf des Planungssperimeters solle deshalb generell nochmals überarbeitet werden. Dabei müssten die «räumlich-funktionalen und sozio-ökonomischen Aspekte der Betroffenheit» mehr einbezogen werden. Gemeint ist beispielsweise, wie viel Mehrverkehr durch Materialtransporte ein Tiefenlager verursacht und wie sich dieses auf die lokale Wirtschaft und die Umwelt auswirkt. (ZU/NBT)